

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig
Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45.
Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6spaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3spaltene Kellamzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 276

Stolp, Donnerstag, den 25. November 1926

50. Jahrgang

Die außenpolitische Aussprache.

Die Verhandlungen im Reichstage.

Berlin, 24. November.

Bevor der Reichstag heute die außenpolitische Aussprache fortsetzte, billigte er in zweiter und dritter Lesung ohne Aussprache die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Austausch von Erzeugnissen einiger deutscher und saarländischer Industrien, den deutsch-polnischen Vertrag zur Regelung der Grenzverhältnisse und das Abkommen über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland einerseits, Polen und der Freien Stadt Danzig andererseits.

In der dann fortgesetzten außenpolitischen Aussprache erklärte Abg. Bredt (Wirtsch. Bgg.), nach der Rede des Herrn Dr. Goebbels könnte man die Deutschnationalen ruhig in die Regierungskoalition aufnehmen. (Seiterkeit.) Die Wirtschaftliche Vereinigung habe sich nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund loyal hinter die Regierung gestellt, weil man einer vollzogenen Tatsache gegenüberstand. Auffallend sei, daß alle Entwarnungsnoten sich gegen die nationalen Verbände richten, nicht aber gegen das militäristische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abg. Müller-Franken (Soz.) hält das Verhalten des deutschen Botschafters in Washington bei der Flaggenhissung für gerechtfertigt. Die Deutschnationalen wollen anscheinend, nach der Rede des Abg. Goebbels zu urteilen, mit aller Macht in die Regierung hinein. Der Redner polemisiert dann weiter gegen die Deutschnationalen und bezweifelt, ob Dr. Goebbels für die gesamte deutschnationale Fraktion gesprochen habe. Die Politik von Genf konnte nur gemacht werden, weil die Sozialdemokratie sie seit Jahren unterstützt habe. Wenn man jetzt von „Befreiungspolitik“ spreche, so sei auch das Erlösungspolitik. Der Redner erklärt die Behauptung Voicars für falsch. Frankreich habe niemals eine Politik des Hasses und der Hanküne getrieben. Erst durch die Wahlen vom 1. i 1924 sei in der französischen Politik ein Umschwung eingetreten. Die Sozialdemokratie sei für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eingetreten, weil sie der Auffassung sei, daß der Völkerbund nur von innen reformiert werden könne. Der Redner fuhr dann fort: Wir erstehen den Frieden Europas. Dazu ist in Locarno und Thoiry der Grund gelegt worden. Die Politik von Locarno und Thoiry bedeutet den endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen.

Die Deutschnationalen widersprechen nicht und sie wollen diese Politik mitmachen. Auf der anderen Seite bedeutet diese Politik, daß die Franzosen ein für alle Mal auf ihren historischen Drang nach dem Rhein verzichten müssen. (Beifall.) Wir verlangen die völlige Befreiung des jetzt besetzten Rheinlandes und die volle Wiederherstellung der deutschen Souveränität in diesem Gebiet. Wir wünschen die beschleunigte Rückgabe des Saargebietes.

Die allgemeine Abrüstung.

Ist nicht nur in Deutschland, sondern allen Völkern versprochen worden. Wird sie nicht durchgeführt, so müßte das zu einer Krise im Völkerbund führen. Weiter beschäftigte sich der Redner mit der Erklärung des Reichswehrministers und kündigte an, daß seine Partei diesmal den Reichswehr-Etat ganz gründlich prüfen werde.

Abg. Graf zu Reventlow (Völk.) bezeichnete die Flaggenhissung des deutschen Botschafters in Washington am Waffenstillstandstage als eine Schädigung des deutschen Ansehens. Der Antrag auf Wiederauflösung der Kriegsschulfrage vertenne die Situation. Die Aufrollung der Schuldfrage sei nicht zu erreichen, solange die Dawesgefäßgebung, die Locarno-verträge bestehen und Deutschland dem Völkerbund angehört.

Schwere Vorwürfe gegen Stresemann.

In Erwiderung auf die gestrige Stresemannrede führte der deutschnationale Abgeordnete Freiherr von Freytag-Loringhoven in der heutigen Reichstagsitzung aus:

Im Namen meiner sämtlichen politischen Freunde — ich betone sämtliche — habe ich die Erklärung abzugeben, daß die gestrigen Ausführungen des Herrn Außenministers nicht geeignet gewesen sind, unser gestern von Dr. Goebbels ausgesprochenes Urteil über

die Erfolglosigkeit der mit dem Namen Thoiry und Locarno bezeichneten Politik

irgendwie zu erschüttern. Es steht fest, daß im Anschluß an die Besprechungen von Thoiry Hoffnungen und Erwartungen geweckt worden sind, die keine Erfüllung gefunden haben, und daß die Enttäuschung darüber im deutschen Volk sehr tief liegt und allgemeiner liegt, als die parteipolitisch gebundene Presse erkennen läßt. Wir können den Minister selbst von einer Schuld daran nicht freisprechen, insbesondere auch nicht

von dem Vorwurf, daß er erst am 2. Oktober einen Versuch gemacht hat, diese Hoffnungen abzuschwächen. Wenn er von vornherein vorausah, daß die Verhandlungen von Thoiry sich über Monate oder vielleicht gar einige Jahre hinziehen würden, weshalb hat er es dann unterlassen, wenigstens für die besetzten Gebiete inzwischen diejenigen Erleichterungen auszuwirken, die nach wiederholten offiziellen Stimmen damals in Genf zu haben waren? Im Ausschluß für die besetzten Gebiete haben gestern die Regierungsvertreter nicht auf die schweren Anklagen erwidern können, die aus der Mitte des Ausschusses erhoben wurden. Soll das Rheinland warten, bis das Phantasiengebilde von Thoiry Wirklichkeit wird? Durch die Bezeichnung Phantasiengebilde wird, wie Herr Stresemann erklärt, seine Politik erschwert. Ja, liegt er denn nicht die französische Presse, die ganz andere Hoffnungen an Thoiry knüpft als er?

Ebenso wenig haben uns die Ausführungen des Außenministers über die Militärkontrolle und die Untersuchungen befriedigt. Wir bedauern, daß er sich nicht zu den gleichen Forderungen bekannt hat, wie unser Fraktionsredner Dr. Goebbels gestern formuliert hat. Nach unserer Ueberzeugung handelt es sich bei der Untersuchung nicht um Einzelfälle, wie der Minister behauptet, sondern der Völkerbund hat ein ganzes System von Untersuchungen aufgebaut, das weit über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgeht. Artikel 213 dieses Vertrages sieht nur Untersuchungen in Einzelfällen vor, wenn Anlaß zur Beschwerde vorzuliegen scheint. Der Untersuchungsbeschluß des Völkerbundes baut dagegen eine ganze Ordnung auf, an deren Spitze der Rat steht, an welcher der Militärausschuß des Völkerbundes beteiligt ist und an welcher eine Reihe von Unterausschüssen mitarbeiten. Für jedes Jahr soll ein Untersuchungsprogramm ausgearbeitet werden, das je nach den Bedürfnissen noch weiter ausgebaut werden kann. Es bleibt die Tatsache, daß heute über uns das Damoklesschwert der Untersuchungsordnung schwebt. Hier sind keine Verhandlungen über Einzelheiten angebracht, sondern die Untersuchungsordnung muß als solche aufgehoben werden. Ich kann mir nicht denken, wie der Herr Außenminister an der Genfer Tagung teilnehmen kann, auf deren Tagesordnung die Wahl des Vorsitzenden dieser Untersuchungskommission steht.

Was die gestrigen Erklärungen des Herrn Außenministers über das Verhalten des deutschen Botschafters in Washington in der Flaggenfrage betrifft, so geht es nicht an, daß der Waffenstillstandsvertrag als etwas getrenntes angesehen wird, in Warschau, London und Washington. Der Hinweis auf den amerikanischen Unabhängigkeitstag kann nicht zugunsten des Botschafters herangezogen werden. Der deutsche Botschafter hätte vielmehr auf das deutsche Nationalgefühl Rücksicht nehmen müssen. Uns liegen auch Nachrichten vor, daß der deutsche Gesandte sich an einem Teil der Waffenstillstandsfeierlichkeiten (!) mit seinem Personal beteiligt hat. Wir bitten den Minister, dazu Stellung zu nehmen.

Wir stellen fest, daß Verständigungsgespräche mit Frankreich nur unter voller Anerkennung der Gleichberechtigung und voller Wahrung der Lebensinteressen Deutschlands möglich sind. Wir müssen vom Außenminister verlangen, daß er bei seinen Verhandlungen dessen eingedenk ist, daß Deutschland ein am Boden liegendes, aus tausend Wunden blutendes und bis auf das Mark ausgehöhletes Volk ist. Ueber die Völkerbundsarbeit als solche wird die deutschnationale Fraktion bei gegebener Gelegenheit, voraussichtlich bei der Beratung des letzten Nachtragssetats Stellung nehmen. Ich stelle aber jetzt schon fest, daß wir den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bekämpfen haben und auch noch, als der Eintritt vollzogen war. Aber wir können uns als Politiker nicht den Luxus erlauben, an Tatsachen vorüberzugehen, besonders wenn sie auf außenpolitischem Gebiet liegen. Wir sind deshalb entschlossen, aus unserer Mitgliedschaft beim Völkerbund alles herauszuholen, was zugunsten Deutschlands herausgeholt werden kann. Uns scheint gerade, daß auf dem Gebiete der Kriegsschuldfrage zugunsten Deutschlands etwas erreicht werden kann, nachdem sich gezeigt hat, daß auf diplomatischem Wege bei den bisherigen viermaligen Verhandlungen der deutschen Regierung nichts zu erreichen war. Wir sind der Ueberzeugung, daß ein weiteres Vorgehen der Regierung auf diesem alten Wege keinen Erfolg haben wird.

Für die Erörterung der schwierigen juristischen Frage der Kriegsschuld, die wir in unserer Interpellation fordern, ist das Plenum des Völkerbundes nicht der geeignete Boden. Dagegen erscheint uns der internationale Gerichtshof des Völkerbundes dafür geeignet zu sein, der in den fünf Jahren seines Bestehens keinen Anlaß zu Beanstandungen gegeben hat. Die

Anrufung des Gerichtshofes ist in diesem Falle möglich, da mindestens vier unserer ehemaligen Kriegsgegner die Verpflichtung zur Inanspruchnahme des Gerichtshofes schon unterzeichnet haben. Vielleicht kann man auch auf Grund der Locarno-verträge den Gerichtshof anrufen. Er kann übrigens nur eine Rechtsfrage entscheiden. Um eine solche handelt es sich aber hier, denn auf die deutsche Kriegsschuld gründet man die finanziellen Forderungen gegen uns.

Als nächster Redner ergriff

Reichswehrminister Dr. Geßler

das Wort. Der Minister erklärte, daß er genau darüber unterrichtet gewesen sei, daß General Watter 1923 über die Besatzungstruppen herfallen wollte. Ähnliche Pläne seien auch 1925 erörtert worden. Er habe General Watter streng überwachen lassen. Wenn der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Marauhn, erklärte, daß er erst das Reichswehrministerium darauf aufmerksam gemacht habe, entspricht das nicht den Tatsachen. Dafür, daß auch der Oberst Nicolai in diese Angelegenheit verwickelt sei, habe man keine Anhaltspunkte. Seiner Ermittlungen in dieser Richtung seien ergebnislos geblieben.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.): Nachdem das ganze deutsche Volk bisher ständig Opfer auf sich genommen hat, erklären wir heute: Jetzt hat Frankreich das Wort! (Lebh. Beifall.) Jetzt hat Frankreich zu zeigen, ob es der europäischen Solidarität oder dem engstirnigen Egoismus einer Nation dienen will. (Erneuter Beifall.) Diese Verständigung kann natürlich nur das Werk einer ganzen Generation sein und man sollte nicht mit einem gewissen Hohn über die Mahnungen zur Geduld reden. Den Rheinländern kommt es nicht darauf an, ob da und dort ein Bataillon verlegt wird, sondern sie verlangen Politik auf weite Sicht für die deutsch-französische Verständigung. (Beifall.)

Gegen 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Der Kampf gegen das Wohnungselend.

Wohnungsausschuß des Landtages.

Berlin, 24. November.

Der Wohnungsausschuß des Landtages beschäftigte sich heute mit dem preussischen Wohnungsbauprogramm für 1927. Wohlfahrtsminister Hirtzfelder betonte, daß 1926 mindestens 130 000 Neuwohnungen errichtet worden sind. Er sei dafür, daß im nächsten Jahre sobald wie möglich mit dem Neubau angefangen wird, so daß im nächsten Jahre mindestens 200 000 Wohnungen hergestellt werden könnten. Er schlug vor, eine Erhöhung der Mieten um 10 Prozent ab 1. 4 1927 eintreten zu lassen und die daraus entstehenden Mehreinnahmen in den ersten neuen Monaten für Neubauzwecke zu verwenden. Daneben halte er auch die Aufbringung einer großen Anleihe für den Wohnungsbau für notwendig.

Finanzminister Dr. Höpfer-Nischoff bezweifelte, daß eine Anleihe für den Wohnungsbau möglich sei und meinte, man solle sich auf 150 000 neue Wohnungen für 1927 beschränken, evtl. könne man die bereits bestehenden staatlichen Hauszinssteuerhypotheken verpfänden, um eine Anleihe von der Hypothekendarlehen zu erlangen. In diesem Sinne sei bereits verhandelt. Man müsse den Mut haben, zu erklären, daß die Hauszinssteuer bereuigt werden muß, zumal der Staat auch nicht auf Hauszinssteuermittel für den allgemeinen Finanzbedarf verzichten könne. Die Bereuigung der Hauszinssteuer könne nur durch ein Reichsgesetz erfolgen und die Reichsregierung sei sich in dieser Beziehung einig.

Abg. Dr. Spidernagel (DVP.) sprach sich gegen eine weitere Erhöhung und gegen eine Bereuigung der Hauszinssteuer aus und verlangte die private Bautätigkeit zu beleben.

Abg. Altan (Komm.) verlangte, daß die Mittel für die Schutzpolizei, die hohen Beamten und die Kirchen zu Neubauzwecken verwendet werden.

Abg. Haefel-Wiesbaden (Soz.) verwies darauf, daß 1927 nicht wieder wie 1926

über 100 000 Bauarbeiter arbeitslos

sein dürften und lehnte eine Mietserhöhung ab. Ohne Hauszinssteuer könne nicht gebaut werden.

Abg. Lünenfloh (W. V.) begrüßte den letzten Erlaß des Volkswahlrechtsministers und erklärte die Angleichung der Mietpreise der Altwohnungen an die der Neubauten für den einzigen Weg zur Befreiung von der Zwangswirtschaft. Der vorgeschlagene Weg einer Wohnungsbauanleihe sei zu billigen.

Staatssekretär Scheidt verteidigte das Regierungsprogramm und die Notwendigkeit der Mietserhöhungen, um aus der Wohnungsnot herauszukommen und kündigte an, daß in der nächsten Woche mit den Reichsreferats über die Beschaffung einer großen Anleihe auf dem inneren Markt verhandelt würde.

Ämtliche Bekanntmachungen.

An minderbemittelte Schulkinder sind Gutscheine zur Verteilung gelangt, die zum Bezuge von Schuhzeug und Textilwaren berechtigen. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß eine andere als auf den Gutscheinen vermerkte Verwendung die Ungültigkeitserklärung nach sich ziehen kann. Die Gutscheine werden an der Stadthauptkasse eingelöst. Die Geschäftsinhaber werden gebeten, die Gutscheine anzunehmen.

Stolp, den 9. November 1926.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Stolper Kreisbahn und Stolpetalbahn.

In der Zeit vom 28. November 1926 bis einschl. 2. Januar 1927 gelten an Sonn- und Feiertagen die einfachen Fahrarten für Hin- und Rückfahrt.

Stolp, den 22. November 1926.

Die Bahnverwaltung.

Grüner-Nähmaschinen



werden überall bevorzugt!
Über 3 1/2 Millionen im Gebrauch
Billigste Preise. Teilzahlung.

Paul Lange,
Mittelstraße 46.

Reparaturen

schnell, gewissenhaft, billig.

Uhrmacher C. Haar
Markt 19.

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder-

Oele Fette

Maschinen-
Wagen-
Leder-
Huf-

na. Treibriemen
2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.
Fernspr. 892. Gegr. 1862.

Pelzgarnituren

Mantelbesätze und Pelzhüte werden neu angefertigt u. umgearbeitet zu billigen Preisen. Damenhüte neu am Lager. Alte Hüte werden umgearbeitet.

W. Milewski, Wollweberstraße 9.

Die erste elektrische Feinschleiferei

befindet sich bei

A. Hodapp
Stolp, Langestr. 11.

Gegr. 1885.

Fernruf 502.

Rasiermesser u. -Alingen, Haarschneidemaschinen, Taschen- u. Tischmesser, Scheren, Wolf- u. Schlachtmesser.

Chirurgische Messer u. Scheren werden gut und preiswert geschliffen.

Lager Solinger Stahlwaren!

Rasierapparate, Streichriemen u. s. w.
Große Auswahl! Billigste Preise!

Provinzialbank Pommern

(Girozentrale)

Zweiganstalt Stolp (Kreishaus)

Landwirtschaftliche Kredite

Bevorschussung von Getreide

Warenverschiffungen usw.

Einräumung von Zwischenkrediten

bei Aufnahme von Hypotheken.

Taschenlampen

in großer Auswahl

und Batterien stets frisch empfiehlt billigst

Kirchpl. 1 **Paul Wolff** Kirchpl. 1
Uhren und Goldwaren.



Unterstützt nicht die Hausbettelei durch Geldgaben, sondern kauft

Gutscheine der städtischen Volkstüche zur Ausgabe an Bettelnde.

12 Gutscheine kosten 1.— Mk. und sind vorläufig zu haben.

A. Lemme & Co., Langestraße 64

Emil Wolsdorff Inh. Paul Hartmann, Markt 15

Hotel Kaiserhof, Neutorstraße

Max Bröske, Neutorstraße 14

Paul Albrecht, Bahnhofstraße 15

Die Verwaltung der städtischen Volkstüche.

W. Laenen, Stadtrat.



Neue Fortsetzung des spannenden Liebesromans



Geld und Herz

in der neuen Nummer der

„Wienholz“-

Blauband-Jugendchrift.

Fordern Sie ausdrücklich „Wienholz“
Blauband-Margarine. Der Name „Wienholz“
steht auf jeder Packung. „Wienholz“
Blauband-Margarine ist wie frische „Butter“

Trauringe



denkbar größte Auswahl, billigste Preise finden Sie bei

Walter Kunst

Uhren- und Schmuckhaus grössten Stils
STOLP I. POM. Holstentorstrasse 5.

Zwangs-Versteigerung

am 26. Nov. 1926, um 8 Uhr vorm. in Agl. Auktliz:

1 Spiegel,

um 9 Uhr in Ransow:

2 Hobelbänke, 1 Kreisäge, um 1 1/2 Uhr in Starkow bei Sellin:

1 Futterschwein,

um 3 Uhr in Alt-Zugelow:

1 Centrifuge,

am 27. Nov. um 9 Uhr vorm. in Stolp, (Treffpunkt Bahnunterführung):

1 Stanzmaschine,

um 10 Uhr Sandberg 1:

1 Standuhr,

3 Repositorien, Kinderwagen, Reisekoffer,

1 Damenuhr, 1 Ledentisch,

1 Herrenzimmer,

1 Posten Stühle (roh).

Freiwillig:

div. Möbel, Klubgarnitur,

Herrenzimmermöbel

u. a. m.

öffentlich, meistbietend gegen Bar.

Scheunemann,

Ober-Gerichtsvollzieher

Stolp, Umlandstr. 12.

Zwangs-Versteigerung.

Am Sonnabend, den 27. November d. Js. Vormittags 10 Uhr werde ich Sandberg 1 hier selbst

1 Dipl.-Schreibtisch,

1 Schlafsofa mit Decke,

1 Klublampe, 1 Teppich,

sowie verschiedene andere

Möbel, Partie Knöpfe,

Sportnadeln, Spangen,

Zahnbürsten, u. a. 1 Faß

Cognac

öffentlich, meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Stolp, den 25. Nov. 1926

Haseney,

Ober-Gerichtsvollzieher.

Reparaturen an

Tabakspfeifen

wird schnellstens ausgeführt.

Alle Ersatzteile

für Pfeifen

jeder Art vorrätig

R Hoffmann

Schirmfabrik und Kunstschneiderei,

Magazinstraße 9.

la. Bohnermasse

in bekannter Güte empfiehlt

J. de Veer, Lanaestraße 13

Stadtheater

Telephon 419.

Donnerstag, den 25. Nov.

Abends 8 Uhr

Zu ganz bedeutend ermäßigten

Preisen!

„Die Großstadtlust“

Freitag, den 26. November

8 Uhr

Gastspiel Thea Stolzenberg

„Mascottchen“

Sonntag, den 28. November

vorm. 1/2 12 Uhr

Morgenfeier

„Der Tor und der Tod.“

von H. von Hofmannsthal.

Nachmittags 1/2 4 Uhr

Prinzessin Marzipan

Abends 1/2 8 Uhr

Gastspiel Thea Stolzenberg

„Mascottchen“

Uhren-



Reparaturen

sauberste und schnellste Ausführung.

Billigste Preise.

Kunst

Uhrmacher

Holstentorstrasse 5.

Bettstätten

Befreiung sof. Alter und

Geschlecht angeben

Auskunft umsonst.

Institut Englbrecht,

Ammerland a. See (Obbay.)

£. 84.

S. W. Feiges

Buchdruckerei

Stolp i. Pom.

Fernruf 18 Präsidentenstr. 45

Anfertigung von

Drucksachen

aller Art

in schwarz und farbig.

Kaufmann

30 Jahre alt, verheiratet, mit Rechts-, Buchführungs- und Steuerfragen bestens vertraut, sucht geeigneten Beruf. Preis.

Frdl. Angebote unter B. 7890 a d. Exp. Bl.